

**Wir alle sind,
was zählt.**

© FDP-Landesverband Hessen

**Wir alle sind,
was zählt.**

Freiheit ist, was zählt ...

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die vergangenen Monate haben deutlich gemacht: Hessen steht vor großen Herausforderungen. Gerade jetzt braucht es eine starke liberale Stimme, die Orientierung gibt. Als Freie Demokraten haben wir unseren Kurs geschärft: klar in der Haltung, offen für Neues und fest verwurzelt in unseren Grundwerten von Freiheit, Verantwortung und dem Vertrauen in die Menschen in unserem Land. Wir blicken als Freie Demokraten nach vorn. Stillstand darf in Hessen keine Option sein – weder in der Bildung noch in der Wirtschaft oder bei der Digitalisierung. Unser Anspruch ist es, Lösungen zu entwickeln und Reformen anzustoßen, die wirklich funktionieren, die das Land langfristig stärken. Wir wollen Chancen schaffen, statt Hürden aufzubauen, Verantwortung ermöglichen, statt Kontrolle auszubauen. Denn nur mit Mut zur Veränderung und Vertrauen in die Menschen gelingt Fortschritt.

In unserer Landtagsfraktion kämpfen wir mit konkreten Vorschlägen wie flexibleren Laufbahnen, größeren Ausbildungskapazitäten und besseren Arbeitsbedingungen gegen den Lehrermangel – denn Bildung bedeutet Freiheit. Auch in unseren Forderungen nach Digitalisierung und weniger Bürokratie bleiben wir konsequent, weil gute Ideen und Initiativen sich nicht hinter Papierbergen verstecken sollen.

Innerhalb unseres Landesverbandes haben wir wichtige Weichen gestellt: Mit neuen Beteiligungsformaten wollen wir die Zusammenarbeit zwischen der Landesebene, den Bezirken und unseren Kreis- und Ortsverbänden stärken. Wir wollen, dass gute Ideen schnell ihren Weg in unsere Programmatik finden und umgekehrt Entscheidungen transparent und nachvollziehbar kommuniziert werden. Diese Offenheit und Verlässlich-



keit sind die Grundlage dafür, dass wir als Partei geschlossen auftreten und gemeinsam an einem starken, modernen Hessen arbeiten.

Im Frühjahr 2026 gehen wir hessischen Freidemokraten geschlossen in den Kommunalwahlkampf. Wir wollen zeigen, dass wir auch weiterhin Ansprechpartner für die Menschen vor Ort sind, mit ihren Sorgen und Wünschen. Die FDP in Hessen steht dabei für solide

Finanzen, pragmatische Lösungen und den Mut, Dinge anders zu machen – von der Digitalisierung der Verwaltung über die Stärkung des Ehrenamts bis hin zum Bau moderner Infrastruktur.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen mehr liberale Mandate in den Kommunen, mehr Gestaltungsfreiheit für die Städte und Gemeinden und eine starke FDP, die zeigt, dass Freiheit kein theoretisches Konzept ist, sondern gelebte Praxis im Alltag der Menschen.

Ich danke Ihnen allen, die sich in den letzten Monaten mit Einsatz und Herzblut engagiert haben, ob in den Kreisverbänden, den kommunalen Fraktionen oder im direkten Austausch mit den Menschen. Ihr Engagement ist die Basis unserer politischen Stärke. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen – entschlossen, offen und optimistisch.

Freiheit braucht Haltung – und Hessen braucht uns Liberale.

HERZLICHST

DR. THORSTEN LIEB
LANDESVORSITZENDER DER FDP HESSEN

Foto: © Martin Joppen



Titelthema

4 Hier ist, was zählt – Kommunalwahl in Hessen

Schwerpunkt

8 Bildung der Zukunft

Fokus

10 Leerstandsgesetz stellt Eigentümer unter Generalverdacht

Thema

12 Austausch und Impulse in Glashütten

Rückblick

13 FDP Hessen startet entschlossen in die Kommunalwahl

Porträt

14 Sylvia Braun siegt souverän in Bruchköbel

Meldungen

15 Persönliches



● Save the Date

Neujahrsempfang der
Landtagsfraktion mit
Ehrengast Christian Dürr

15. Januar 2026,
ab 18.30 Uhr

Kurhaus Wiesbaden



© Beide Fotos: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon: 0611 99906-14

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Stefanie Heil (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611 350-566, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Shaza Hofacker, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon: 0611 99906-13, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

REDAKTION Oliver Stirböck, Wiebke Knell, Alexander Müller, Ann Kathrin Führich, Tatjana Hajmássy, Shaza Hofacker, Stefanie Heil
Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEISE Titel: FDP-Landesverband Hessen | Seite 2: Martin Joppen | Seite 3: FDP-Landesverband Hessen; Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Seite 4–6: FDP-Landesverband Hessen | Seite 8–11: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Seite 12–13: FDP-Landesverband Hessen | Seite 14: privat/Sebastian Fritzsche | Seite 15–16: FDP-Landesverband Hessen; Laurence Chaperon; Junge Liberale Hessen



Alle Bilder: © FDP-Landesverband Hessen

Wie die Freien Demokraten den Kommunen Freiheit und Stärke zurückgeben wollen

Das gelbe Ortsschild sagt alles – egal, ob Frankfurt, Kassel oder Darmstadt, Oberzent, Alsfeld oder Korbach draufsteht: Es geht um unsere Städte, Gemeinden und Landkreise. Am Sonntag, 15. März 2026, wählen die Hessinnen und Hessen bei den Kommunalwahlen ihre Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen sowie mitunter auch Ortsbeiräte, und diese sind bedeutend für das politische und gesellschaftliche Gefüge unseres Landes: Sie sind Heimat, Lebensraum und Fundament unserer Demokratie. „Hier ist, was zählt.“, lautet der Slogan der Freien Demokraten. „Hier“, das kann jede und jeder der 421 Städte und Gemeinden, 21 Landkreise und fünf kreisfreien Städte sein. Die Freien Demokraten treten in allen Landkreisen und in einem Großteil der Städte und Gemeinden zur Wahl an. „Wir Liberale mögen im Vergleich mit manchen Mitbewerbern eine kleinere Partei sein. Aber wir haben einen starken kommunalen Unterbau, der uns trägt und auf den wir stolz sein können“, lobt FDP-Landesvorsitzender Thorsten Lieb.

Das gelbe Ortsschild wird den Menschen im Kommunalwahlkampf auf den Wahlplakaten der Freien Demokraten förmlich entgegenleuchten. Die Kampagne kommt auffällig mit gelber Basis, markanten schwarzen Slogans und einem magentafarbenen FDP-Balken daher. Sie betont zum einen den lokalen Aspekt: „Für Lösungen, die man sieht, wenn man aus dem Fenster guckt.“, ist ebenso im Kampagnen-Angebot wie die Aussage „Die Welt verändert man am besten zuhause.“ Darüber hinaus wird durch Aussagen auch die Notwendigkeit liberaler Politik und mutigen Handelns hervorgehoben. Dafür nur zwei Beispiele: „Riskieren wir, dass wirklich was passiert.“ und „Weniger Vater Staat. Mehr Tante Emma.“ Was aus liberaler Sicht essenziell für die Kommunen sowie die dort lebenden Menschen ist, haben die Freien Demokraten bei ihrem Landesparteitag am 22. November in Wetzlar im Leitantrag beschlossen. „Hier ist, was zählt: Mehr Freiheit für die hessischen Kommunen!“, lautet die Überschrift des Antrags, der beim Parteitag das Votum der großen Mehrheit der Delegierten bekam.

Nach Einschätzung der Freien Demokraten lässt die schwarz-rote hessische Landesregierung die Kommunen im Stich. „Immer mehr Bürgermeister schlagen Alarm: Städte und Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand, die Kosten für Kinderbetreuung und andere soziale Aufgaben steigen, aber die finanziellen Mittel stagnieren. Der sogenannte kommunale Finanzausgleich verfehlt sein Ziel. Deshalb kommt es zum einen zu Steuererhöhungen, auf die aber keine besseren Leistungen folgen. Zum anderen sind Kürzungen bei freiwilligen Leistungen wie Kultur, Sport und Bildung zwangsläufig – mit wachsendem Unverständnis der Bürgerinnen und Bürger“, erläutert Lieb. Bund und Land träfen immer mehr Entscheidungen, die die kommunale Ebene umsetzen und finanzieren müsse. „Schwindet die kommunale Handlungsfähigkeit, schwindet auch das Vertrauen in den Staat. Dauerhafte Steuererhöhungen und Leistungsabbau bedrohen Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Stabilität unserer Demokratie. Eine solche Entwicklung spielt ausschließlich den politischen Rändern in die Hände. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Nur mit starken Kommunen bleibt ein freiheitlich-liberaler Staat handlungsfäh.“

Heißt: Für die Freien Demokraten sind starke und freie Kommunen die Basis der Demokratie, oder anders ausgedrückt: Gut funktionierende und ausgestattete Kommunen sind systemrelevant. Investitionen in Verkehr, Bildung, Gesundheitsversorgung und Digitalisierung müssen daher massiv erhöht werden. Das gilt auch und gerade mit Blick auf einen modernen Bevölkerungsschutz, der auf neue Bedrohungen reagiert, von Extremwetter bis zu IT-Attacken. „Kommunen sollen Notfallpläne aktualisieren, kritische Infrastruktur schützen und

**FÜR LÖSUNGEN,
DIE MAN
SIEHT, WENN
MAN AUS DEM
FENSTER GUCKT.**

FDP

HIER IST,
WAS ZÄHLT.

**WENIGER
VATER STAAT.
MEHR TANTE
EMMA.**

FDP

HIER IST,
WAS ZÄHLT.

Luftschutzzräume prüfen. Sicherheit beginnt vor Ort – mit klaren Zuständigkeiten und ausreichender Finanzierung durch Bund und Land“, betont der Landesvorsitzende.

Lieb verspricht darüber hinaus: „Wir kämpfen für die Freiheit der hessischen Kommunen. Wir wollen Hessen zur digitalen Vorreiterregion machen – mit smarten Städten, digitalen Bürgerdiensten und freien Datenräumen. Kommunen sollen als Innovationstreiber agieren – von digitalen Bauanträgen bis zu KI-gestützter Verwaltung.“ Um den Kommunen möglichst große Freiheiten zur Entfaltung zu lassen, ist das liberale Credo, sowohl bürokratische Vorgaben auf ein Minimum zu reduzieren als auch den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken. „Für uns geht privat vor Staat“, sagt Lieb.

Wie der Bürokratieabbau konkret aussehen soll, erklärt der Generalsekretär der hessischen FDP, Alexander Müller: „Mit kleinen Schritten kommen wir nicht weiter. Wir setzen uns für eine große Verwaltungsreform ein, und das heißt, die Regierungspräsidien abzuschaffen und Stellen in den Ministerien abzubauen, die in den vergangenen Jahren kontinuierlich aufgebläht wurden. Es heißt aber auch, die Verwaltungskompetenz der Landkreise und Kommunen zu stärken und die Belastung durch Vorschriften mit einem Bürokratiemonitor messbar zu machen und in der Folge effektiv abzubauen.“ Am Ende müssten vereinfachte Abläufe, Zeitersparnis und mehr Freiheit für kommunale Projekte stehen, denn weniger Bürokratie bedeute mehr Gestaltungsspielraum für Städte und Gemeinden. „Dafür wollen wir Freie Demokraten die Digitalisierung endlich konsequent zu Ende denken, den digitalen Flickenteppich beenden und einheitliche, miteinander kompatible Systeme in allen Kommunen und Landkreisen schaffen“, bekräftigt Müller. Zur kommunalen Freiheit gehört auch, den Mandatsträ-

gern vor Ort zu vertrauen. „Sie wissen selbst am besten, was für ihre Kommune am besten ist. Ihnen wollen wir die Handlungsfreiheit zurückgeben und sie von den goldenen Zügeln befreien, die ihnen das Land mit seinen Förderprogrammen umgelegt hat. Mittlerweile werden ganze Teams angestellt, die sich nur mit dem Beantragen von Förderungen befassen. Gleichzeitig unterhält das Land eine Förderberatung. Ein Abbau der Förderprogramme geht deshalb einher mit einer finanziellen und bürokratischen Entlastung der Kommunen“, erläutert Müller.

Weg mit überflüssiger Bürokratie und Vertrauen haben in die kommunal Verantwortlichen – das gilt aus FDP-Sicht ebenso für den Denkmalschutz. „Wir wollen Denkmäler schützen, nicht Bauruinen. Deswegen wollen wir den Denkmalschutz auf das Wesentliche reduzieren. Entscheidungen sollen künftig verbindlich auf der kommunalen Ebene getroffen werden“, verspricht Müller. Hintergrund: Nach dem liberalen Konzept wird das Landesamt für Denkmalpflege angehört, blockiert aber nicht länger Projekte. Gemeinden sollen mit Zustimmung der Eigentümer des betroffenen Objekts die Möglichkeit erhalten, die Denkmaleigenschaft aufzuheben, wenn kein besonderer Denkmalwert besteht und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. „Damit schaffen wir mehr Planungssicherheit, stärken die kommunale Selbstverwaltung und verhindern wirtschaftliche Stagnation. Unser Ziel ist ein Denkmalschutz mit Augenmaß: praxisnah, effizient und verlässlich“, resümiert der Generalsekretär.

Ein Thema, das die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen gleichermaßen beschäftigt, ist Migration. Sie stellt die Städte und Gemeinden vor Herausforderungen, haben viele doch längst die Belastungsgrenze erreicht. „Für die Unterbringung und Integration von Migranten sind die Kommunen der entscheidende Faktor, obwohl sie letztlich keine Entscheidungskompetenz über den Status oder Aufenthalt eines Migranten haben. Wir Freie Demokraten fordern, dass die Unterbringungskosten

**RISKIEREN WIR,
DASS WIRKLICH
WAS PASSIERT.**

FDP

**HIER IST,
WAS ZÄHLT.**

**DIE WELT
VERÄNDERT
MAN AM
BESTEN
ZUHAUSE.**

FDP

**HIER IST,
WAS ZÄHLT.**

an die Kommunen fortan im Voraus gezahlt, Kostenpauschalen erhöht und Vorhaltekosten ausgeglichen werden. Gleichzeitig müssen Aufnahmekapazitäten fair verteilt werden. Kein Bürgermeister darf in eine Lage gebracht werden, in der seine Kommune strukturell überfordert ist“, macht Müller klar.

Zu guter Letzt: Was macht das Leben im Wohnort lebenswert? „Die Menschen wollen günstig bauen und wohnen können, wünschen sich eine zeitgemäße Infrastruktur für ihre Stadt oder Gemeinde, freuen sich über eine lebendige Innenstadt mit Einkaufsmöglichkeiten und erwarten selbstverständlich moderne Schulen. Das fängt bei der Digitalausstattung an und hört bei sauberen Schultoiletten auf“, weiß Landesvorsitzender Lieb. Dementsprechend machen die Freien Demokraten im Kommunalwahlkampf Angebote, zugeschnitten auf den jeweiligen Kreis, die Stadt oder Gemeinde.

Allgemein heißt das: „Wir Freie Demokraten setzen uns für bezahlbares Wohnen und günstiges Bauen ein. Für die erste selbstgenutzte Immobilie fordern wir einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro bei der Grunderwerbsteuer. Was wir ablehnen, sind staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt, die letztlich keine neuen Wohnungen schaffen und die Preise eher hochtreiben als senken“, erklärt Lieb. „Was die Mobilität betrifft, muss der Kampf gegen das Auto aufhören, denn er schadet Wirtschaft und Lebensqualität. Ebenso ist für uns klar, dass Parkplätze in den Innenstadtlagen erhalten werden müssen, denn gerade Familien und ältere Menschen sind darauf angewiesen, um Handel, Gastronomie und weitere Dienstleister erreichen zu können“, verdeutlicht Lieb.

Wie bei der Wahl des Verkehrsmittels stehen die Freien Demokraten auch im Einzelhandel für mehr Freiheit. Ladenöffnungen sollen modernisiert, unnötige Beschränkungen abgebaut und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Dazu gehören die rechtssichere Zulassung von Sonntagsöffnungen, zum Beispiel bei Selbstbedienungs-Autowaschanlagen, Waschsalons oder im Einzelhandel, sowie die Reform des Ladenöffnungsgesetzes. Lieb fasst zusammen: „Am Ende geht es darum, dass die Kommunen lebenswert sind und die Bürgerinnen und Bürger zufrieden sagen können: Hier ist, was zählt.“



Starke Unternehmen.

Handlungsfähige Kommunen.

Die VhU ist die Stimme der hessischen Wirtschaft. Wir vertreten die branchenübergreifenden Interessen von 85 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden in Hessen, in denen über 100.000 Unternehmen mit 1,5 Millionen Beschäftigten Mitglied sind.

In Zeiten knapper kommunaler Kassen gilt mehr denn je: Nur in wirtschaftlich starken Kommunen können politische Schwerpunkte gesetzt werden. In **15 Handlungsfeldern** zeigt die VhU auf, was Sie vor Ort tun können, damit es wirtschaftlich bergauf geht und Ihre Kommune handlungsfähig bleibt.



Scan mich!



www.vhu.de



© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Bildung der Zukunft:

Vielfalt, Vertrauen und digitale Kompetenzen

Kreativ lernen, Vielfalt leben, digital denken – das ist Bildung der Zukunft. Bei einer Podiumsdiskussion im Hessischen Landtag diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Schule, Wirtschaft und Gesellschaft über mehr Freiheit, neue Lernformen und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz an Hessens Schulen.

Wie sieht die Schule der Zukunft aus? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag im Rahmen eines Projekts sehr intensiv. Nach zahlreichen Gesprächen mit Bildungsexperten und Schulbesuchen ist Moritz Promny überzeugt: „In Zeiten von Künstlicher Intelligenz braucht die Welt keine Konformität, sondern Kreativität.“ Schulen dürften keine Orte der Standardisierung sein, sondern Räume der Fantasie und Entfaltung. Flexible Lernzeiten, alternative Lernorte und eine Kultur des Vertrauens seien entscheidend. „Wir brauchen Strukturen, die Halt geben – aber keine Fesseln sind“, postulierte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion zu Beginn der Veranstaltung Bildung der Zukunft, zu der seine Fraktion Anfang November nach Wiesbaden eingeladen hatte.

In der vom Journalisten der Frankfurter Rundschau Peter Hanack moderierten Podiumsdiskussion wurde spürbar,

wie unterschiedlich, aber bereichernd moderne Bildung aussehen kann. So demonstrierte Christoph Heimbucher, Leiter einer privaten Schule in Bad Zwesten, wie Schülerinnen und Schüler Verantwortung für ihr Lernen übernehmen. An der CJD Jugenddorf-Christophorusschule Oberurff hat Heimbucher vergangenes Schuljahr das innovative Schulkonzept „i.Do“ eingeführt. Individuell und digital gestützt lernen Kinder hier, eigene Wege zu finden – so entstehe Selbstwirksamkeit und echte Demokratieerfahrung. „Kinder lernen, ihr Lernen zu gestalten – und damit auch Gesellschaft mitzugestalten“, so Heimbucher.

An der Wiesbadener Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule kann Swantje Dietrich auf „ihre“ Lehrkräfte setzen, um individuelles Lernen zu ermöglichen. Die Schulleiterin in sozial herausfordernder Lage berichtete eindrucksvoll von ihrem Kollegium, das mit Herzblut und Empathie oft weit über das geforderte Maß hinausgehe: „Wir wollen, dass die Potenziale der Kinder gesehen werden – nicht ihre Defizite.“ Noten würden diesem Anspruch oft nicht gerecht, sagte die Schulleiterin, die auch in den sozialen Medien als „@schulleiterin.dietrich“ erfolgreich ist. Für sie ist klar: „Digitale Kompetenzen sind kein Extra, sondern Grundvoraussetzung für die Zukunft unserer Kinder.“



Moritz Promny gibt vor der Podiumsdiskussion einen inspirierenden Impuls.

Elvis Neß, seit über 30 Jahren im Schuldienst und seit vielen Jahren auch Vorsitzender des Landesfachausschusses „Schule und Weiterbildung“ der FDP Hessen, wies auf die zunehmende Bürokratie für Lehrkräfte hin, die immer weniger Raum für die Schülerinnen und Schüler ließe: „Man hat manchmal den Eindruck, man unterrichtet nebenbei.“ Trotz aller Herausforderungen bleibe der Anspruch, jedem Kind gerecht zu werden – gerade an Schulen, die Vielfalt als Stärke begreifen.



Christoph Heimbucher (links) und Elvis Neß sprechen sich auch in Zukunft für den Erhalt von Schulfächern aus.

Aus Sicht der Wirtschaft betonte Jonas Fidler, dass Unternehmen junge Menschen brauchen, die Grundkompetenzen, Medienbildung sowie persönliche und soziale Fähigkeiten mitbringen. „Mehr ist es eigentlich nicht – aber das muss verlässlich sitzen“, forderte der Bildungsexperte der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände. Einer, der praktisch dafür sorgt, dass Grundkompetenzen an Schulen vermittelt werden, saß direkt neben Fidler: Ludwig Thiede. Der Gründer und Geschäftsführer von Life-TeachUs nutzt Unterrichtsausfälle, um Menschen aus Wirtschaft und Gesellschaft in Schulen zu bringen. „Ich glaube an das Potenzial von menschlichen Begegnungen, um Jugendlichen potenzielle Lebensentwürfe außerhalb ihres Umfelds aufzuzeigen.“ Dank Thiedes App wird mitt-

lerweile deutschlandweit Lebenswissen geteilt und Praxisnähe geschaffen. „Das ist ein großartiges Modell“, sagte Fidler, „aber es braucht Vertrauen in solche neuen Wege.“ Beim Thema Künstliche Intelligenz herrschte auf dem Podium Einigkeit: Sie verändert das Lernen – und eröffnet Chancen. Dietrich berichtete, dass an ihrer Schule KI bereits im Unterricht eingesetzt werde. „KI motiviert die Schüler und fördert digitale Kompetenzen, die sie für ihre Zukunft brauchen.“ Heimbucher ergänzte: „Wir müssen Schülerinnen und Schüler dazu bringen, KI intelligent einzusetzen – das ist Teil moderner Bildung.“



Swantje Dietrich, Schulleiterin einer Startchancen-Schule in Wiesbaden: „Wir brauchen Diagnostik, um die Kompetenzen der Kinder zu feedbacken.“

Ob mit oder ohne Noten, mit klassischen Fächern oder fächerübergreifend – am Ende einte alle ein Ziel: Es braucht mehr Freiheit für die Schulen, weniger bürokratische Kontrollen und ein Bildungssystem, das Kinder stark macht für die Welt von morgen. Für die Bildung der Zukunft gilt also: Schule muss mehr sein als ein Ort des Prüfens – sie muss ein Ort des Wachsens sein. Nur mit Vertrauen, digitalen Kompetenzen und Freiheit können Schulen Kinder wirklich stark machen.



Jonas Fidler (links) und Ludwig Thiede werben für externe Expertise zur Vermittlung von Kompetenzen an den Schulen.

Alle Bilder: © Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Leerstandsgesetz stellt Eigentümer unter Generalverdacht — FDP steht an der Seite der Vermieter

Die Lage am hessischen Wohnungsmarkt ist ernst. Eklatanter Wohnraumangel in den Ballungsräumen trifft auf einen massiven Einbruch in der Bautätigkeit. Während der hessische Wirtschafts- und Bauminister Kaweh Mansoori in seinem ersten Amtsjahr keinen einzigen Gesetzentwurf vorgelegt hat, präsentierte sein Haus in diesem Jahr ein ideologiegetriebenes Gesetz, das niemandem hilft – das Leerstandsgesetz. Entgegen aller Vernunft und entgegen aller Expertenmeinungen haben CDU und SPD das Gesetz im November im Landtag verabschiedet. Das Gesetz erlaubt es Kommunen in angespannten Wohnungslagen, Leerstand von mehr als sechs Monaten genehmigungspflichtig zu machen. Die Landesregierung droht Vermietern mit empfindlichen Bußgeldern und gibt dem Staat Betretungsrechte. Aber nicht nur das. Stefan Naas, Fraktionsvorsitzender und wohnungsbaupolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, warnt: „Das Gesetz fördert Denunziantentum, wenn Hinweise auf mutmaßlich leerstehende Wohnungen gegeben werden sollen. Das vergiftet unser gesellschaftliches Klima.“

Naas betont, dass die Freien Demokraten das Leerstandsgesetz aus Überzeugung ablehnen: „Die tiefen Eingriffe in das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung und das Grundrecht auf Eigentum sind durch nichts zu rechtfertigen.“ Die Begründung der Landesregierung, das Gesetz sei notwendig, um spekulativen Leerstand zu verhindern, sei ohnehin haltlos. „Die Leerstandsquote in Hessen ist gering, gerade in den Ballungsräumen. Und für den geringen Leerstand, den es hierzulande gibt, gibt es gute Gründe. Sanierung, Modernisierung und Erbenemittlungen sind einige Beispiele dafür.“ Außerdem sei ein gewisser Leerstand notwendig und wünschenswert, um Bewegung auf dem Wohnungsmarkt überhaupt zu ermöglichen. Die Frage, welches Problem Mansoori mit

seinem Gesetz also überhaupt lösen will, bleibt unbeantwortet. Denn auch laut Aussage von Fachverbänden gibt es den spekulativen Leerstand, dem Mansoori ein Ende setzen will, in den hessischen Ballungsräumen gar nicht. Naas kritisiert: „Auf dem hessischen Wohnungsmarkt

© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag



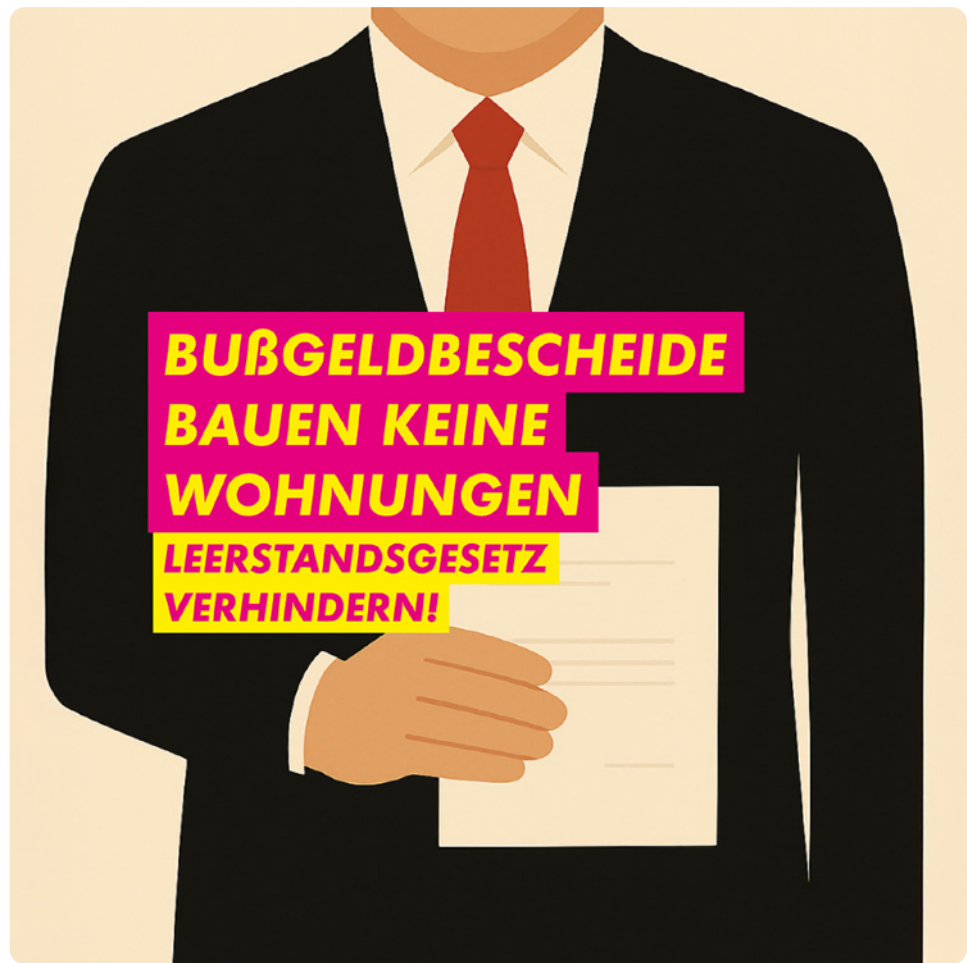
Stefan Naas, Fraktionsvorsitzender und wohnungsbaupolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, setzte sich in den Plenardebatten gegen das Leerstandsgesetz ein.

gibt es genug Probleme. Aber anstatt sie zu lösen, schafft Kaweh Mansoori sogar noch neue.“ Der Minister scheint nicht verstanden zu haben, wie groß die Bedeutung privater Investoren und Vermieter für den Immobilienmarkt ist. Naas erklärt: „Ohne private Investitionen läuft im Wohnungsbau fast nichts.“ Kaweh Mansoori aber schwäche das Vertrauen privater Akteure in den hessischen Immobilienmarkt weiter. „Eigentümer dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden, Wohnungen absichtlich und unnötig leerstehen zu lassen“, bekräftigt Naas und ergänzt: „Durch das Leerstandsgesetz wird nicht eine einzige neue Wohnung geschaffen und allenfalls extrem wenige leerstehende Wohnungen werden auf den Markt gebracht. Denn in Hessen gibt es schlicht und

ergreifend kaum Leerstand.“ Dafür habe Mansoori ein Bürokratiemonster geschaffen. „Das Gesetz überzieht Vermieter mit Bürokratie in Form von Genehmigungs- und Berichtspflichten.“

Um den Wohnungsmangel zu bekämpfen und die Baubranche wieder in Schwung zu bringen, brauche es keine ideologiegetriebenen Projekte, sondern zielführende Lösungen, so Naas. „Während Kaweh Mansoori sich mit Symbolpolitik aufhält, die der Branche sogar schadet, hat unsere Fraktion konkrete Lösungen vorgelegt. Hessen braucht mehr Bauland, schnellere Verfahren, digitale Anträge und eine moderne Bauordnung. Statt Zwang und Misstrauen brauchen Eigentümer Freiheit und Vertrauen.“

In der Expertenanhörung im Hessischen Landtag haben auch die Fachleute der Wohnungsverbände darauf hingewiesen, dass das Gesetz Misstrauen schüre und Bürokratie aufbaue. Der wohnungspolitische Sprecher der Freien Demokraten findet dazu deutliche Worte: „Spätestens



Mit einer Kampagne in den sozialen Medien haben die Freien Demokraten versucht, das Leerstandsgesetz zu verhindern.

wenn die Experten eindringlich vor negativen Folgen warnen, sollte der Minister umkehren. Er kann nicht ernsthaft wollen, dass Modernisierungen erschwert und Investitionen ausgebremst werden.“

Um das Gesetz zu verhindern, hatte die FDP-Fraktion eine Kampagne gestartet. Neben zahlreichen Social-Media-Posts, die der Öffentlichkeit verdeutlichen sollten, dass das Gesetz nicht nur unsinnig ist, sondern auch Probleme mit sich bringt, wurde eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen, für die sich viele Unterstützer gefunden haben. Naas kündigt an, dass die Freien Demokraten sich weiter für eine vernünftige Wohnungspolitik einsetzen werden: „Wir werden die Auswirkungen des Leerstandsgesetzes genau beobachten und deutlich auf Fehlentwicklungen hinweisen. Gleiches gilt für alle anderen schwarz-roten Eingriffe in den Wohnungsmarkt, die letztlich keinen Wohnraum schaffen, Investitionen verhindern und die Preise weiter nach oben treiben.“

Programmatrischer Auftakt zur Kommunalwahl –

Austausch und Impulse in Glashütten

Den kommunalpolitischen Fokus schärfen – das war das Ziel des Programmatrischen Tags, zu dem sich die Freien Demokraten am 30. August in Glashütten getroffen haben. Der Tag war somit der erste Aufschlag zur inhaltlichen Vorbereitung auf die im März anstehende Kommunalwahl. Ziel war es, gemeinsam mit den Mitgliedern thematische Schwerpunkte zu setzen. Ein Format, das dankbar angenommen wurde und auf große Zustimmung stieß.

Schon zuvor hatten alle Mitglieder die Möglichkeit gehabt, sich über eine Umfrage aktiv einzubringen und Themen zu benennen, die aus ihrer Sicht aktuell besonders relevant für ihre Kommune sind. Aus den Rückmeldungen ergaben sich drei zentrale Handlungsfelder, die im Mittelpunkt der Workshops standen: Arbeiten, Wohnen und Mobilität. Darüber wurde nach der Einstimmung durch zwei starke liberale Stimmen intensiv diskutiert.

Der hessische FDP-Landesvorsitzende Dr. Thorsten Lieb eröffnete die Veranstaltung, gab wertvolle Einblicke in die organisatorische und programmatische Arbeit auf Landesebene und setzte wichtige Impulse. Dabei machte er deutlich, wie entscheidend es ist, die FDP als Partei der radikalen Mitte weiter zu profilieren – klar in der Haltung, nah an den Menschen und sichtbar in der kommunalen Praxis. Daran knüpfte Ehrengast Henning Höne, Landesvorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der Freien Demokraten, an. Er gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern spannende Einblicke in die aktuelle politische Lage auf Bundesebene sowie innerhalb der FDP und brachte seinen Vorschlag zur Abschaffung der Erbschaftssteuer ins Spiel. Gleichzeitig teilte er Erfahrungen aus den Vorbereitungen für den Kommunalwahlkampf in NRW und lieferte damit viele wertvolle Anregungen für Hessen. Zur praktischen Arbeit verteilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf ihre ausgewählten Workshops. Das Besondere: Das Format war konkret auf Beteiligung ausgelegt.

In sogenannten Fishbowl-Diskussionen konnten die Mitglieder direkt mit den Referentinnen und Referenten ins Gespräch kommen. Neben den drei festen Plätzen – für den Referenten, den Moderator und den jeweiligen Landesfachausschussvorsitzenden der FDP – blieb ein vierter Stuhl immer frei. Wer eine Frage hatte oder einen Gedanken einbringen wollte, konnte spontan Platz nehmen und sich aktiv in

Wiebke Knell (stellv. Landesvorsitzende), Henning Höne (Landesvorsitzender FDP NRW, stellv. Bundesvorsitzender)



© FDP-Landesverband Hessen



Landesvorsitzender Dr. Thorsten Lieb eröffnet den Programmatrischen Tag.

die Diskussion einbringen. Die Moderation übernahmen erfahrene FDP-Mitglieder mit inhaltlicher Expertise.

Referent des Workshops „Arbeiten“ war Stefan Füll, Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden. Er gab praxisnahe Einblicke in die Chancen und aktuellen Herausforderungen für das Handwerk, von der Digitalisierung der Berufsschulen über die Parksituation in Innenstädten bis hin zu Nachwuchskampagnen gegen den Fachkräftemangel. Die Moderation übernahm FDP-Generalsekretär Alexander Müller. Im Workshop „Wohnen“ referierte Gregor Weil, Geschäftsführer von Haus & Grund Frankfurt. Er sprach unter anderem über aktuelle Entwicklungen im Wohnungsbau, die Situation für Vermieterinnen und Vermieter sowie über die Auswirkungen des Leerstandsgesetzes, das Haus & Grund und Freie Demokraten gleichermaßen ablehnen. „Um den Wohnungsmarkt zu stärken, brauchen wir weniger Regulierung und mehr politische Verlässlichkeit“, formuliert Haus & Grund. Ergänzt wurde das Panel durch Dr. Stefan Naas, Fraktionsvorsitzender und wohnungsbaupolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, der zusätzliche inhaltliche und politische Impulse setzte.

Das Forum „Mobilität“ wurde von Tobias Grün von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) geleitet. Sein Fokus lag auf kommunalen Strategien und neuen Mobilitätskonzepten für lebenswerte Städte und Gemeinden. Unterstützt wurde er von Johanna von Trotha, die die Diskussion als Moderatorin begleitete. Die VhU-Erwartung an die Politik: „Politik und Wirtschaft sollten viel stärker als bisher betonen, dass Mobilität per se etwas Positives ist, weil sie Begegnungen von Menschen und den Austausch von Waren ermöglicht. Nicht den Verkehr an sich, sondern seine negativen Effekte gilt es zu verringern, wie etwa Lärm und Schadstoffemissionen sowie Unfälle und Staus.“

Hier ist, was zählt.

FDP Hessen startet entschlossen in die Kommunalwahl

Es war der offizielle Startschuss zur Kommunalwahl 2026: 113 Tage vor der Wahl trafen sich die Delegierten der FDP Hessen in Wetzlar zum Landesparteitag. Ziel war es, die inhaltliche Grundlage zu legen, programmatisch zu arbeiten und gemeinsam Motivation für die kommenden Wochen zu schöpfen.

„Hier ist, was zählt.“ – das ist nicht nur das Motto der Kommunalwahlkampagne. Auch der Parteitag stand unter diesem Motto. Schon beim Betreten des Saals wurden die knapp 300 Delegierten mit einem starken Bild empfangen: Auf jedem Platz lag der Kampagne entsprechend ein knallgelbes Ortsschild – oben leer, unten bereits bedruckt, angelehnt an den neuen Kampagnen-Slogan. Die Delegierten konnten den Namen ihrer Heimatgemeinde selbst eintragen. So entstand zum Beispiel: Wiesbaden ist, was zählt. Klar, dass diese Vorlage für eine gemeinsame Fotoaktion genutzt wurde – ein sichtbares Zeichen für die Vielfalt vor Ort und ein kraftvoller Auftakt für einen Parteitag, der auf Zusammenhalt und inhaltliche Klarheit setzte. Eröffnet wurde der Parteitag vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Stefan Naas. Er benannte zentrale kommunalpolitische Herausforderungen: die angespannte Finanzlage vieler Städte und Gemeinden, die Bedeutung des Ehrenamts sowie die Notwendigkeit starker Strukturen und einer offenen Debattenkultur. Es brauche Macher, die anpacken – für die Kommunen als Fundament unseres Zusammenlebens. Der Landesvorsitzende Dr. Thorsten Lieb griff diese Themen auf, zog den Bogen zur Bundesebene und skizzierte die angespannte finanzielle Lage der hessischen Kommunen, die 2023 ein Defizit von 2,6 Milliarden Euro verzeichneten – mit spürbaren Auswirkungen auf die Infrastruktur. Er mahnte eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik an und betonte die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung. Im Zentrum seiner Rede: die Freien Demokraten als Garant für wirtschaftliche Vernunft und kommunale Handlungsfähigkeit. „Wir kämpfen für die Freiheit der hessischen Kommunen“, so Lieb. Diese müssten als Innovationstreiber agieren – von digitalen Bauanträgen bis KI-gestützter Verwaltung. Denn: „Starke und freie Kommunen sind der Kernträger unserer Demokratie.“

Diese und weitere Punkte wurden im Leitantrag des Landesvorstands „Hier ist, was zählt: Mehr Freiheit für die hessischen Kommunen!“ gebündelt. Der Antrag beinhaltet unter anderem Forderungen nach besserer finanzieller Ausstattung der Kommunen, dem Abbau bürokratischer Hürden im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern, Maßnahmen zur Mobilitätswende, der Schaf-

fung von Wohnraum, neuen Bildungschancen für Kinder und einer Offensive für attraktive Innenstädte. Die Delegierten stimmten dem Antrag mit großer Mehrheit zu. Große Aufmerksamkeit genoss die wiedergewählte FDP-Bürgermeisterin Sylvia Braun aus Bruchköbel, die mit ihrem herausragenden Wahlergebnis von knapp 75 Prozent als echtes kommunalpolitisches Vorbild gilt. In ihrer Rede betonte sie: Haltung, Nähe zu den Menschen und lösungsorientierte Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg seien der Schlüssel zum Erfolg. Zugleich mahnte sie eine realitätsgerechte Finanzierung der Kommunen durch Land und Bund an – viele stünden finanziell mit dem Rücken zur Wand. Ihr Appell: Die FDP müsse hier konkrete Lösungen bieten. Ihr Ausblick: „Wenn wir als Einheit auftreten, können wir Wahlen gewinnen.“

Der Parteitag behandelte zudem einen Dringlichkeitsantrag zur Rentenreform mit eigenen Vorschlägen – etwa zur Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und zur Einführung einer Aktienrente. Auch zahlreiche Satzungsänderungen wurden beschlossen und die Landessatzung inhaltlich wie strukturell weiterentwickelt.

Der Landesparteitag war nicht nur politischer Startschuss zur Kommunalwahl, sondern auch ein klares Signal: Die FDP Hessen ist bereit – mit starken Ideen, engagierten Mitgliedern und einem klaren Ziel vor Augen: eine erfolgreiche Kommunalwahl 2026.



© FDP-Landesverband Hessen

Die liberale Titelverteidigerin:

Sylvia Braun siegt souverän in Bruchköbel

Wenn an einem Wahlabend der gelbe Balken immer weiter nach oben geht, dann ist das ein Anblick, der jedem Liberalen das Herz aufgehen lässt – und den es zuletzt selten gegeben hat. Bis zum 26. Oktober 2025. An diesem Tag fuhr die Amtsinhaberin und FDP-Bürgermeisterkandidatin Sylvia Braun bei der Direktwahl in Bruchköbel im Main-Kinzig-Kreis einen eindrucksvollen Sieg ein. Mit knapp 75 Prozent setzte sie sich direkt im ersten Wahlgang gegen die Bewerber von CDU und AfD durch. Sylvia Braun startet im kommenden Jahr in ihre zweite Amtszeit und bleibt damit eine von vier FDP-Bürgermeistern in Hessen.

Wie klappt es, als Liberale ein solch starkes Wahlergebnis zu bekommen? „Die Bürgerinnen und Bürger wollen keinen Streit in der Politik. Sie wollen, dass die Politik sich einigt und sich etwas tut“, sagt Sylvia Braun. In Bruchköbel hat sich etwas getan, seit sie Rathauschefin ist: „Die Stadt ist bunter, lebendiger, sauberer und sicherer geworden. Es geht voran.“

Das Parteibuch spielt für die 53-Jährige im überparteilichen Amt der Bürgermeisterin zwar keine Rolle, gleichwohl macht sie aus ihrer Parteizugehörigkeit kein Geheimnis und ist zur Wahl offiziell als FDP-Bewerberin angetreten. Unterstützt wurde sie von SPD und Grünen, mit denen die FDP in Bruchköbel eine Kooperation bildet. „Ich versuche, immer eine möglichst breite Mehrheit zu bekommen. Ohne sichere Mehrheit kann auch eine Bürgermeisterin nicht gestalten“, weiß Braun, die vor ihrer ersten Wahl zur Bürgermeisterin Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende war. Transparenz und Offenheit sind ihr wichtig. „Kein Geklüngel, keine Hinterzimmergespräche“, betont sie und ergänzt: „Bundes- und Landespolitik sollten wir da lassen, wo sie hingehören. In der Stadt sollten wir nur die Kommune im Blick haben.“ Die politische Laufbahn der Mutter zweier Söhne hatte begonnen, als der Nachwuchs im Kindergartenalter war. „Mir hat nicht gefallen, wie es gelaufen ist, da gab es strukturelle Defizite“, erzählt Braun. Getreu ihrem Motto „machen statt meckern“ kandidierte sie als Elternbeirätin und wurde gewählt, initiierte einen Kita-Förderverein. „Dann kommt man mehr mit der Stadt in Kontakt und merkt: Da sind nur ältere Männer, die darüber entschei-



© privat/Sebastian Fritzsche

SYLVIA BRAUN

den, wie junge Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Reihe kriegen sollen.“ Also trat Braun 2011 selbst bei der Kommunalwahl an. Ihre parteipolitische Heimat fand sie bei der FDP. Das liberale Gedankengut sagte ihr grundsätzlich zu, zudem hatte sie die FDP als eine Partei erlebt, die zu ihrem Wort stand – ganz anders, als sich 2008 SPD-Ministerpräsidentin-Kandidatin Andrea Ypsilanti präsentiert hatte.

Als Stadtverordnete habe sie gemerkt, wie vielfältig Kommunalpolitik sei. Außer dem Thema Kinderbetreuung haben ihr auch Sicherheit und Ordnung stets sehr am Herzen gelegen. Das liegt nah, ist Sylvia Braun doch ausgebildete Polizistin und studierte Verwaltungswirtin. „Die Polizei-Ausbildung war die beste Vorbereitung für das Amt der Bürgermeisterin“, meint sie. Das gilt in puncto Menschenkenntnis, aber auch fürs Krisenmanagement – in ihre erste Amtszeit startete sie in der Corona-Hochphase – genauso wie für die erforderliche Resilienz. „Bürgermeisterin sein ist nicht nur lächeln und winken.“ Kritikfähigkeit gehört zum Amt dazu, aber auch, plötzlich eine öffentliche Person zu sein. Sylvia Braun beschreibt es so: „Jeder Einkauf ist auch eine Bürgersprechstunde.“

Persönliches

© FDP-Landesverband Hessen



© Laurence Chaperon



Zwei herausragende Persönlichkeiten, zwei große liberale Lebenswerke – wir gratulieren herzlich zum 85. Geburtstag.

Wir feiern zwei ganz besondere Geburtstage in den Reihen der hessischen Freien Demokraten:

Ruth Wagner und Dr. Hermann Otto Solms – beide haben in diesem Jahr ihren 85. Geburtstag begangen. Wir gratulieren von Herzen und blicken mit großem Respekt auf zwei beeindruckende politische Lebenswege, die den Liberalismus in Hessen und weit darüber hinaus geprägt haben.

Ruth Wagner steht beispielhaft für das liberale Aufstiegsversprechen, für Tatkraft, Verantwortungsbewusstsein und bürgerschaftliches Engagement. Über Jahrzehnte hinweg war sie eine prägende Kraft in der hessischen FDP – als Landes- und später Ehrenvorsitzende der FDP Hessen, als Abgeordnete des Hessischen Landtags, als stellvertretende Ministerpräsidentin sowie als Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst. Ihr Wirken hat nicht nur die Bildungs- und Wissenschaftspolitik des Landes entscheidend mitgestaltet, sondern auch vielen jungen Menschen neue Perspektiven eröffnet. Auch über ihr politisches Amt hinaus hat sie sich vielfach ehrenamtlich eingebracht. Für ihre Verdienste wurde sie unter anderem mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland und der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen ausgezeichnet. Wir wünschen Ruth Wagner von Herzen alles Gute, Gesundheit und weiterhin viele erfüllende Momente.

Auch **Dr. Hermann Otto Solms** hat über Jahrzehnte hinweg liberale Politik in unserem Land entscheidend geprägt, mit Weitsicht, klarem ordnungspolitischen Kompass und großem Verantwortungsgefühl. Als langjähriger Bundestagsabgeordneter, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Schatzmeister der Bundespartei hat er das Profil der Freien Demokraten bundesweit mitgeschärft. In Hessen ebenso wie in Berlin war er eine Stimme der Vernunft, des Ausgleichs und des freiheitlichen Denkens. Seit 2017 war er Ehrenvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, seit 2020 Ehrenvorsitzender der Freien Demokratischen Partei. Dr. Hermann Otto Solms ist Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland sowie der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen. Für sein unermüdliches Engagement und seine unverwechselbare Handschrift im liberalen Denken und Handeln sind wir Freie Demokraten ihm zu großem Dank verpflichtet.

Beiden Persönlichkeiten wünschen wir alles erdenklich Gute, verbunden mit großer Dankbarkeit für ihre Lebensleistungen, ihre Haltung und ihren unerschütterlichen Einsatz für die Freiheit.

Wechsel an der Spitze des Bezirksverbands Südhessen-Starkenburg

Im Bezirksverband Starkenburg hat es einen Wechsel an der Spitze gegeben: **Christopher Hörst** wurde zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Wir gratulieren ihm herzlich zur Wahl und wünschen ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg, Energie und eine glückliche Hand im Sinne unserer liberalen Sache. Zugleich danken wir **Till Mansmann** für seinen langjährigen Einsatz und seine engagierte Arbeit an der

Spitze des Bezirks. Unter seiner Leitung hat der Bezirksverband wichtige Impulse gesetzt und die FDP vor Ort sichtbar positioniert.

Mit dem Wechsel an der Spitze geht der Bezirksverband gestärkt und zuversichtlich in die kommenden Monate – inhaltlich klar, personell breit aufgestellt und mit dem Ziel, die liberale Stimme in Südhessen weiter zu festigen.

Neuer Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Hessen gewählt

Auf ihrem 85. Landeskongress haben die Jungen Liberalen Hessen einen neuen Landesvorstand gewählt. Nach zwei intensiven Jahren an der Spitze trat der bisherige Landesvorsitzende **Tim Hordorff** nicht erneut zur Wahl an. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der 22-jährige Politikwissenschaftsstudent **Ajeet Ahmad** aus Groß-Gerau gewählt.

Wir Freie Demokraten danken **Tim Hordorff** für sein starkes Engagement und seine überzeugende Arbeit. Mit Haltung, Leidenschaft und einem offenen Ohr für die Anliegen junger Menschen hat er die Jungen Liberalen geprägt und erfolgreich durch bewegte Zeiten geführt.



Ajeet Ahmad gratulieren wir herzlich zur Wahl. Für seine neue Aufgabe wünschen wir ihm viel Erfolg, Mut, eine glückliche Hand – und stets den liberalen Kompass, um mit Überzeugung neue Wege zu denken und zu gehen.

Auch dem neu gewählten Landesvorstand wünschen wir einen guten Start, konstruktive Debatten und eine kraftvolle Stimme in der politischen Landschaft. Den Jungen Liberalen Hessen gratulieren wir zur neuen Konstellation – verbunden mit Vorfreude auf einen engagierten Austausch und ein starkes Miteinander für die Zukunft des Liberalismus in Hessen.

© Junge Liberale Hessen

ANZEIGE

JEDER TIPP – EIN GEWINN FÜR HESSEN.

RUND 150. MIO € PRO JAHR FÜR SPORT, KULTUR, DENKMALSCHUTZ, SOZIALES UND UMWELT.

Das LOTTO hilft Hessen-Versprechen!



lotto-hessen.de



LOTTO
Hessen